



Wann kommt das digitale Amt?

Digitalisierung. Insgesamt 575 behördliche Leistungen sollten bis Jahresende online verfügbar sein, doch bundesweit können Bürgerinnen und Bürger bislang gerade mal 80 Dienste digital erledigen. Zu den wenigen Verwaltungsvorgängen, die bereits übers Internet funktionieren, gehört die Bafög-Antragstellung. Allerdings müssen die Bafög-Ämter online gestellte Anträge weiterhin ausdrucken und Papierakten anlegen, beklagt Stefan Grob, stellvertretender Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks, im iwd-Interview. —> [Seiten 2-5](#)

Immobilien

Das steigende Zinsniveau senkt die Nachfrage nach Wohnungen und Häusern. Wer schon eine Immobilie besitzt, profitiert in der Regel von langen Zinsbindungsfristen.

—> [Seiten 6-7](#)

Demografie

Im Jahr 2021 wurden in Deutschland so viele Kinder geboren wie seit 1997 nicht mehr. Der Corona-Babyboom dürfte allerdings nur von kurzer Dauer sein.

—> [Seiten 8-9](#)

E-Government im Schneckentempo

Digitalisierung. *Eigentlich sollten in Deutschland bis Ende 2022 insgesamt 575 behördliche Leistungen für Bürger und Unternehmer online verfügbar sein. Doch die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung hakt. Andere EU-Länder sind deutlich weiter.*

In einer Klinik in Hamburg-Altona ist Deutschland bereits Digital-Land: Dort können frischgebackene Eltern ihren Nachwuchs an einem Terminal bei den Behörden anmelden. Den Automaten, der ein bisschen aussieht wie ein besonders schlanker Geldautomat, hat die Hamburger Senatsverwaltung aufgestellt. Er ist ein plakatives Beispiel für eine weitgehend durchdigitalisierte öffentliche Verwaltung. Der hat sich der Bundestag 2017 verschrieben, als er das sogenannte Onlinezugangsgesetz (OZG) verabschiedet hat. Dieses Gesetz verpflichtet den Bund, die Länder sowie die Kommunen dazu, „bis spätestens Ende 2022 ihre Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten“.

Demnach sollen bis Ende des Jahres alle 575 Leistungen, die das OZG auflistet, für Bürger und Unternehmen online sein. Beim digitalen Bafög-Antrag und der Online-Gewerbesteuerzahlung hat das schon geklappt, doch die meisten anderen Behördengänge muss man in Deutschland nach wie vor per pedes und in persona antreten: Ein Neugeborenes müssen Eltern, wenn sie nicht in Hamburg wohnen, in der Regel beim Standesamt, beim

Einwohnermeldeamt, beim Finanzamt und bei der Kindergeldstelle anmelden. Auch bei der Krankenversicherung ist eine Meldung fällig, ebenso bei der Elterngeldstelle. Wer da mit 14 Seiten an Formularen auskommt, hat noch Glück gehabt.

Auch Wohnan- und -abmeldungen, die Beantragung und Abholung von Reisepässen oder die Formalitäten rund um eine Eheschließung sind längst nicht überall digital möglich. Bundesweit sind bislang erst 80 der 575 Ämter-Leistungen, die das OZG auflistet, online verfügbar.

Auch in den einzelnen Bundesländern sind die Fortschritte rund ums E-Government nicht wirklich ermutigend (Grafik Seite 3):

Ende Juni 2022 war Thüringen mit landesweit 142 verfügbaren Online-Leistungen führend.

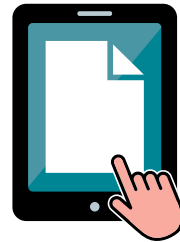
Statt Gas zu geben, ist die Verfügbarkeit von behördlichen Digitalangeboten in manchen Bundesländern zuletzt sogar gesunken. In Nordrhein-Westfalen kamen zwischen März und Juni dieses Jahres zwar landesweit neun verfügbare Online-Leistungen hinzu, doch die Zahl der in mindestens einer Gemeinde verfügbaren Digitalservices sank gleichzeitig um elf – in der Summe standen somit in NRW zuletzt zwei

Digitalangebote weniger zur Verfügung als noch im Frühjahr. In Niedersachsen verringerte sich das E-Government-Angebot in diesem Zeitraum auf Gemeindeebene sogar um elf Leistungen. Es ist davon auszugehen, dass bereits gemeldete Leistungen wegen eines unzureichenden Digitalisierungsstands wieder entfernt werden mussten.

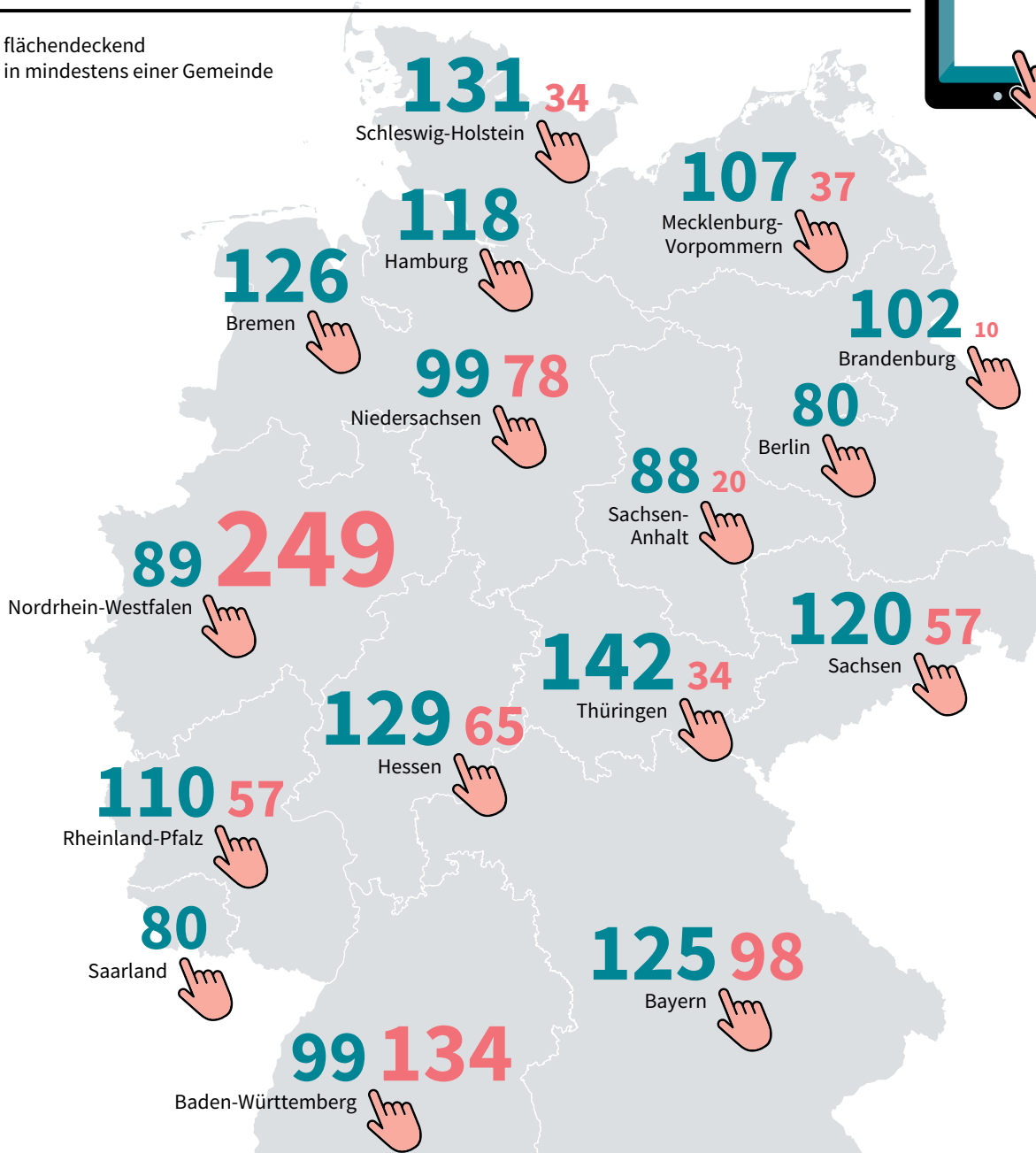
Auch der Bundesrechnungshof übt deutliche Kritik daran, wie schleppend der Staat die OZG-Leistungen umsetzt. Von den rund 1.500 zu digitalisierenden einzelnen Verwaltungsprozessen innerhalb der 115 OZG-Leistungen des Bundes wurden demnach bis September 2021 gerade mal 58 Prozesse wie vorgesehen vollständig und flächendeckend umgesetzt. Das entspricht einem Umsetzungsgrad von knapp 4 Prozent. Teilweise online verfügbar waren laut Bundesrechnungshof rund 20 Prozent der Leistungen. Das für die OZG-Umsetzung zuständige Bundesinnenministerium nennt zwar höhere Zahlen und wies die Kritik des Bundesrechnungshofs zurück, doch das Ministerium konnte die vorgebrachten Punkte nicht widerlegen. Mithilfe eines „OZG-Boosters“ möchte die Bundesregierung nun zumindest einige wichtige Dienste

E-Government in Deutschland: Noch viel zu tun

So viele der 575 Leistungen des Onlinezugangsgesetzes, die der Staat für Bürger und Unternehmen bis Ende 2022 online anbieten soll, hatten die Bundesländer Ende Juni 2022 umgesetzt



- flächendeckend
- in mindestens einer Gemeinde



Leistungen des Onlinezugangsgesetzes: zum Beispiel digitaler Bafög-Antrag, Online-Gewerbesteuerzahlung oder digitaler Antrag auf Eheschließung

Quelle: Bundesministerium des Innern und für Heimat
© 2022 IW Medien / iwd



wie die Eheschließung und die Einbürgerung bis zum Jahresende prioritär digitalisieren.

Nicht nur der Bund ist bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes in Verzug. Noch größer ist der Rückstand bei den vielen landes-

bezogenen und kommunalen Leistungen. Ein großes Hindernis ist die schlecht funktionierende flächendeckende Übernahme bereits verfügbarer kommunaler Services. Beispiel Nordrhein-Westfalen: Hier gibt es aktuell immerhin 249 Online-

Services auf einzelkommunaler Ebene, aber nur acht davon – neben den 80 bundesweit verfügbaren Leistungen – werden im ganzen Bundesland angeboten.

Fortsetzung

Dabei ist Abhilfe dafür bereits erdnen: Das Einer-für-alle-Prinzip soll eigentlich dafür sorgen, dass einzelne Bundesländer oder Kommunen federführend einzelne OZG-Leistungen entwickeln und alle anderen die fertige Lösung einfach übernehmen. Doch fehlende Digitalkapazitäten und Fachkräfte, falsch gesetzte Prioritäten und möglicherweise sogar Desinteresse in den Kommunen bremsen das Prinzip bislang aus.

Abhilfe schaffen könnte an dieser Stelle der Einsatz künstlicher Intelligenz (KI): Vorausgesetzt, dass Kommunen dieselbe Software nutzen, ließen sich ausgearbeitete digitale Leistungen, die über ein Online-Portal des Bundes verfügbar gemacht werden, mit erheblich geringerem Aufwand als bisher in allen an das Softwaresystem ange-

schlossenen Kommunen implementieren – wobei KI-gesteuerte Systeme prüfen, welche digitalen Strukturen bereits übereinstimmen und wo Experten die Software an die jeweiligen Gegebenheiten anpassen müssen. So könnte händische Arbeit von IT-Fachkräften in den Kommunen zumindest teilweise entfallen. Doch bislang wird KI für die Verbreitung von E-Government-Lösungen in Deutschland nicht eingesetzt, auch standardisierte Softwarelösungen in den Kommunen sind noch selten.

Andere EU-Staaten sind da deutlich weiter. In der aktuellen „eGovernment Benchmark“ der EU-Kommission, die den digitalen Reifegrad der öffentlichen Verwaltung in insgesamt 36 europäischen Staaten im Sommer 2020 anhand von 7.877 Webseiten mit Bürger- und Unternehmensdiensten ermittelt

hat, hatten andere Länder die Nase vorn (Grafik):

Am weitesten ist Malta mit einem 96-prozentigen Reifegrad bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung vorangeschritten – auf der Mittelmeerinsel waren im Jahr 2020 schon 81 Prozent der bewerteten Dienste online verfügbar.

Deutschland erreicht im europäischen Ranking gerade einmal einen Reifegrad von 62 Prozent und landet damit weit hinter den Top Ten. Das EU-Schlusslicht bildet Rumänien mit einem Digitalisierungsgrad von 40 Prozent.

IW-Kurzbericht 59/2022

Heiner Röhl: E-Government in der Warteschleife

iwkoeln.de/e-government

E-Government in der EU: Die Top Ten

So weit waren die EU-Länder im Jahr 2020 bei der Umsetzung einer digitalisierten Verwaltung vorangeschritten, 100 Prozent = vollendet

in Prozent



Bei der Umsetzung einer digitalisierten Verwaltung bewertet die EU-Kommission vier Hauptkriterien: Kundenorientierung, Transparenz und Verständlichkeit, technologische Schlüsselemente und grenzüberschreitende Mobilität

Quelle: EU-Kommission
© 2022 IW Medien / iwd

Zum Vergleich:
Deutschland



Interview. Seit September 2021 können Schüler und Studenten Bafög bundesweit online beantragen. Allerdings sei die Digitalisierung nicht in den Bafög-Ämtern mitgedacht worden, sagt **Stefan Grob**, stellvertretender Generalsekretär des deutschen Studentenwerks. Dort werde nach wie vor jeder Antrag ausgedruckt, auch solche, die online gestellt werden.

„Wir haben eine Papierflut ohne Ende“



Foto: DSW/Herschelmann

Im Erklärfilm der Webseite „bafog-digital“ heißt es: „Noch nie war es so einfach, Bafög zu beantragen.“ Stimmt das?

Ja, das ist richtig und darüber freuen wir uns auch sehr. Denn das Bafög ist viel besser als sein Ruf. Außerdem hat die noch relativ neue Bundesregierung zwei Bafög-Novellen auf den Weg gebracht und in einem weiteren Schritt will sie mit strukturellen Reformen vieles verbessern.

Ist also alles prima beim digitalen Bafög?

Leider nein. Denn es wurde nur die Antragstellung digitalisiert. Die Bafög-Ämter der Studierendenwerke müssen die online eingereichten Anträge ausdrucken und Papierakten anlegen. Und bei jeder Online-Änderung durch den Antragsteller muss das Bafög-Amt den geänderten Antrag wieder ausdrucken, das heißt, wir haben eine Papierflut und eine Drucklast nach einem online eingereichten Antrag ohne Ende. Das ist Digitalisierung ad absurdum. Wir sind fassungslos und können es nicht nachvollziehen, dass bei der Digitali-

sierung des Bafögs nur der E-Antrag umgesetzt wurde, nicht aber die E-Akte und der E-Bescheid.

Warum ist das so?

Wir können nur mutmaßen, warum beim Bafög lediglich ein Bruchteil der Wegstrecke digitalisiert wurde. Vielleicht liegt es daran, dass Bund und Länder hier nicht konsequent kooperieren wollten oder dass die Länder, die für die Auftragsverwaltung des Bafög zuständig sind, nicht rechtzeitig erkannt haben, dass die Umsetzung von E-Akte und E-Bescheid in ihrer Verantwortung liegt.

Wie viel Prozent aller Bafög-Antragsteller nutzen die Digitalvariante mittlerweile?

Das können wir so leider nicht beantworten. Wir wissen: Das digitale Antragsverfahren „Bafög digital“ ist seit September 2021 in allen Bundesländern am Start. Im Jahr 2021 wurden 120.000 Bafög-Anträge online gestellt, bis Ende März 2022 waren es noch einmal 24.000, wie die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärt hat.

Hat sich durch die digitale Antragstellung der Prozess beschleunigt? Bekommen Studenten nun schneller Geld?

Bei der herkömmlichen schriftlichen Bafög-Beantragung benötigt der Antragsteller im Schnitt fünfeinhalb Stunden. Wie lange die Online-Beantragung dauert, wissen wir nicht. Auch ob Bafög-Erstbezieher nun schneller Geld erhalten, ist noch nicht erhoben worden, obschon genau das unsere Hoffnung ist.

Politisches Ziel ist, die Zahl der Bafög-Bezieher zu erhöhen. Sind die Bafög-Ämter personell dafür gerüstet?

Aktuell erhalten 11 Prozent der Studentinnen und Studenten in Deutschland Bafög. Wenn nun die Elternfreibeträge nennenswert erhöht werden, steigt voraussichtlich auch die Zahl der Bafög-Bezieher. Die Bafög-Ämter haben dafür kein nennenswertes zusätzliches Personal erhalten, denn ob und welcher Effekt sich durch die Bafög-Reform sowie durch die Digitalisierung bei der Zahl der Bafög-Bezieher ergibt, lässt sich erst im Nachhinein feststellen.

Kaufen wird teurer



Immobilien. Seit Jahresanfang haben sich die Zinsen für Immobiliendarlehen in Deutschland in kürzester Zeit verdreifacht. Das hat deutliche Auswirkungen auf die Nachfrage nach Wohnungen und Häusern.

Der Zinsanstieg in diesem Ausmaß und in dieser Geschwindigkeit kam überraschend: Noch zu Jahresbeginn hat das Institut der deutschen Wirtschaft in einer Befragung von Immobilienunternehmen deren Erwartungen hinsichtlich der Zinsentwicklung im Jahr 2022 erhoben – diese hatten bis zum Jahresende mit einem Anstieg auf

1,5 Prozent gerechnet. Nun liegen die Zinsen für Darlehen mit einer zehnjährigen Zinsbindung bereits bei rund 3 Prozent.

Dass sich die Zinsen in dieser kurzen Zeit so weit von den Erwartungen entkoppelt haben, liegt an den vielen wirtschaftlichen Risiken, die aktuell vorherrschen, allen voran der hohen Inflationsrate. Der Krieg in

der Ukraine hat zu stark steigenden Energiekosten und Unterbrechungen in vielen Lieferketten geführt, was wiederum wirtschaftliche Unsicherheiten nach sich zieht. Das wird auch an den Finanzmärkten so eingeschätzt (siehe Seite 13): Deutsche Bundesanleihen wurden in der ersten Jahreshälfte weniger stark nachgefragt, deren Renditen sind deshalb gestiegen. Und dieser Zins für Bundesanleihen ist es, der die Entwicklung der Bauzinsen beeinflusst, denn der Refinanzierungszins der kreditvergebenden Banken orientiert sich daran.

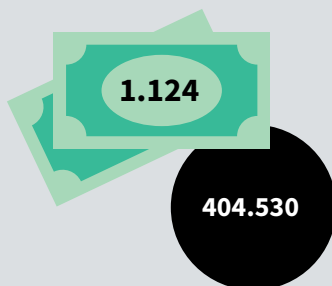
Nun hat die Europäische Zentralbank am 21. Juli verkündet, den Leitzins zum ersten Mal seit über einem Jahrzehnt zu erhöhen. In welche Richtung dies auf die Bauzinsen wirkt, ist noch nicht absehbar. Fest steht: Das Maß der Leitzinsveränderung in den kommenden Monaten ist entscheidend. Eine zu starke Anhebung könnte einige Länder Südeuropas in Zahlungsschwierigkeiten bringen, was die Nachfrage nach Bundesanleihen erhöht, deren Rendite senkt und sich somit sogar negativ auf die Bauzinsen auswirkt. Ein zu geringer Leitzinsanstieg könnte Sorgen vor dauer-

Immobilien: Höhere Zinsen, höhere Finanzierungskosten

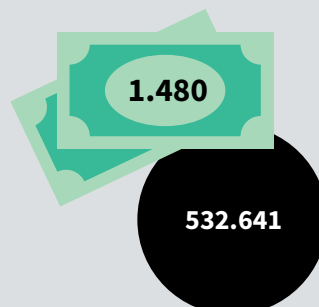
So hoch ist die monatliche Belastung aus Zinsen und Tilgung bei einem Immobiliendarlehen mit 30 Jahren Laufzeit für eine Wohnimmobilie, die 435.000 Euro gekostet hat und bei der die Eigentümer 20 Prozent Eigenkapital aufbringen, in Euro

■ Summe aus Zins- und Tilgungszahlungen nach 30 Jahren

1 Prozent Hypothekenzins

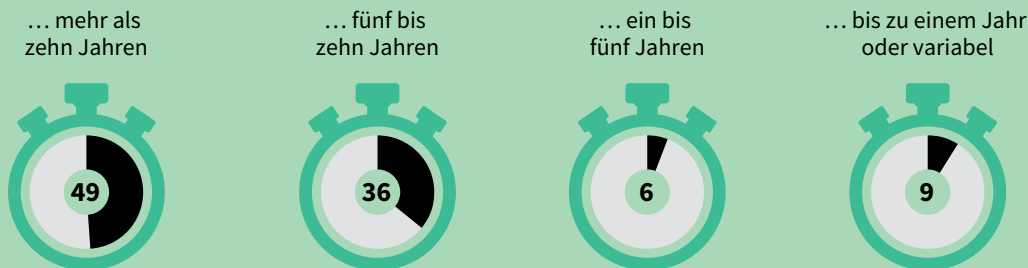


3 Prozent Hypothekenzins



Hypothekendarlehen: Meist langfristige Verträge

So viel Prozent der Wohnungsbaukredite in Deutschland haben eine Laufzeit von ...



Stand: erstes Quartal 2022
Quelle: Deutsche Bundesbank
© 2022 IYW Medien / iwd

iwd

haft hohen Inflationsraten befeuern, was sich möglicherweise in höheren Bauzinsen manifestiert.

Doch welche Konsequenzen hat das für Immobilienkäufer? In Deutschland sind 80 Prozent der Haushalte beim Immobilienerwerb auf ein Darlehen angewiesen. Dabei gilt: Je höher der Zins, desto höher sind die Kosten für ein Hypothekendarlehen. Damit hat der Zinsanstieg direkte Auswirkungen auf die Nachfrage nach Immobilien.

Zuletzt lag der Quadratmeterpreis für ein Einfamilienhaus in der Bundesrepublik im Schnitt bei rund 2.900 Euro. Ein Haus mit 150 Quadratmetern Wohnfläche kostete also 435.000 Euro. Bei einem Zinssatz von 1 Prozent und einem Eigenkapitalanteil von 20 Prozent mussten Käufer bislang 1.124 Euro an monatlicher Rate an ihre Bank überweisen, um den Kredit nach 30 Jahren zu tilgen. Beim aktuellen Zinsniveau von 3 Prozent beträgt die monatliche Rate 1.480 Euro, 356 Euro mehr im Monat (Grafik Seite 6):

Durch den Zinsanstieg entstehen für diese Modellimmobilie über 30 Jahre Mehrkosten von rund 128.000 Euro.

Das bedeutet, dass sich hierzulande weniger Haushalte Wohneigentum leisten können.

Normalerweise könnte man nun davon ausgehen, dass die Immobilienpreise deutlich nachgeben – schließlich führt eine geringere Nachfrage bei konstantem Angebot zu sinkenden Preisen. Doch momentan ist noch ein zweiter, preisstützender Effekt am Immobilienmarkt von Relevanz: Die Neubaukosten sind in kurzer Zeit deutlich gestiegen. Zum Zinseffekt kommen also stark gestiegene Preise für Baustoffe sowie knappe Fachkräfte hinzu, der Neubau von Wohnimmobilien könnte deshalb massiv einbrechen. Dies stützt die Preise im Bestand, denn bei gegebener Nachfrage führt weniger Neubau zu einem insgesamt geringeren Angebot an Wohnraum.

Im Moment ist noch nicht klar, welcher der beiden Effekte dominiert. Fest steht jedoch, dass sich die jährlichen Preissteigerungsraten der vergangenen Jahre, die teilweise im zweistelligen Prozentbereich lagen, so nicht fortsetzen werden.

Und was bedeutet das alles für diejenigen, die bereits eine Immobilie besitzen? Den meisten von ihnen

droht durch den Zinsanstieg kurzfristig keine Gefahr. Zwar wohnen rund 30 Prozent der Haushalte in Deutschland im Eigenheim und haben ihren Immobilienkredit noch nicht völlig getilgt. Aber:

Vom Zinsanstieg betroffen sind nur solche Kreditnehmer, die kurzfristig eine Anschlussfinanzierung benötigen. Besonders hart könnte es dabei für jene werden, die in den vergangenen fünf Jahren eine Immobilie erworben haben: Diese Käufer haben bereits zu einem hohen Preis gekauft, aber in der kurzen Zeit wahrscheinlich nur wenig getilgt und müssen nun zu teureren Zinskonditionen als zum Zeitpunkt des Kaufs einen neuen Kreditvertrag abschließen. Doch nur wenige Wohnungsbaukredite in Deutschland haben so geringe Laufzeiten (Grafik):

Lediglich 15 Prozent der Hypothekendarlehen in Deutschland laufen maximal fünf Jahre.

Die durchschnittliche Zinsbindungsfrist von Immobilienkrediten liegt bei 13 Jahren. Die langen Zinsbindungsfristen machen die meisten Haushalte somit immun gegenüber den aktuell hohen Zinsen.

Ihr Kinderlein kommet

Demografie. Im Jahr 2021 kamen in Deutschland so viele Kinder auf die Welt wie schon seit 1997 nicht mehr. Allerdings fällt der Corona-Babyboom regional sehr unterschiedlich aus, wie eine neue Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft zeigt.

Mehr Zeit, mehr Zweisamkeit und ein leerer Kalender – Gründe wie diese könnten dazu beigetragen haben, dass sich viele Paare im von der Corona-Pandemie geprägten Winter 2020/2021 intensiv mit der Familienplanung beschäftigt haben. Das Ergebnis kam dann neun Monate später zur Welt:

Insgesamt wurden 2021 in Deutschland rund 795.500 Kinder

geboren, so viele wie seit 25 Jahren nicht mehr.

Besonders im vierten Quartal 2021 erblickten ungewöhnlich viele Kinder das Licht der Welt – 7 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum 2019. Allerdings ist der Babyboom je nach Region sehr unterschiedlich ausgefallen (Grafik):

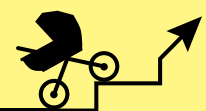
Während im Jahr 2021 fast überall in Deutschland mehr Babys

geboren wurden als 2019, gingen die Geburtenzahlen in den ostdeutschen Bundesländern – mit Ausnahme Berlins – zuletzt um rund 5 Prozent zurück.

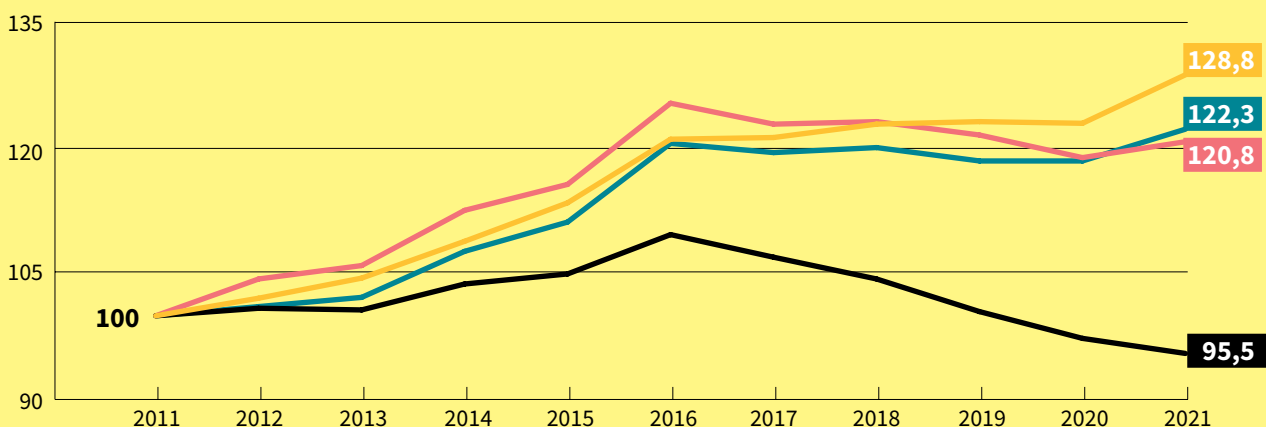
Das passt zur allgemeinen Entwicklung, denn seit 2016 sind die Zahlen im Osten rückläufig. Aber auch in den Stadtstaaten lässt sich nicht unbedingt von einem Geburtenboom sprechen. Hier kamen im Jahr

Babyboom: Regional sehr unterschiedlich

Entwicklung der Geburtenzahlen, 2011=100



Baden-Württemberg und Bayern Ostdeutsche Länder ohne Berlin
Stadtstaaten Übriges Westdeutschland



Stadtstaaten: Berlin, Bremen und Hamburg

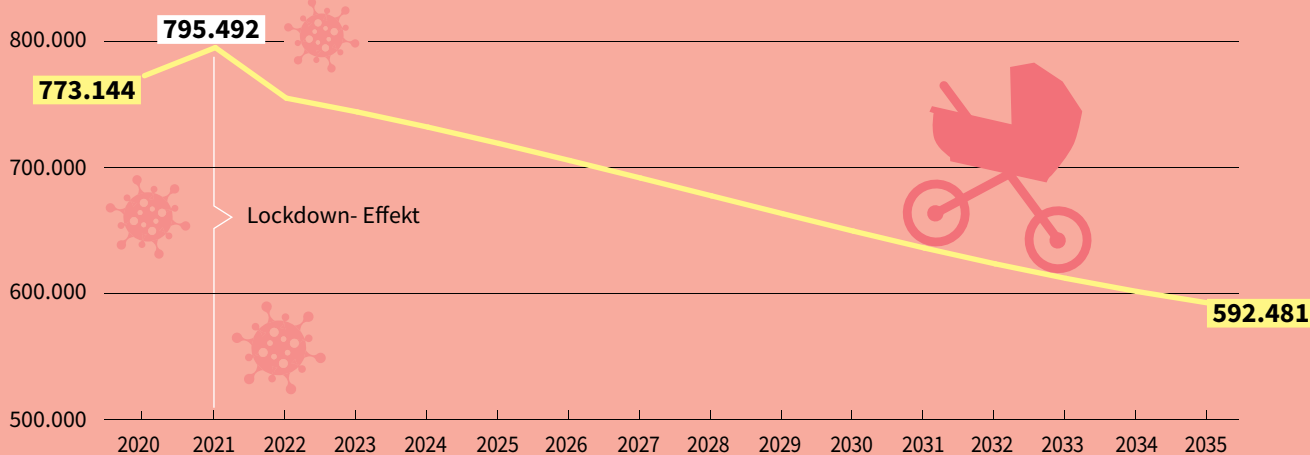
Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Corona-Geburtenboom: Nicht von Dauer

Entwicklung der Geburtenzahlen in Deutschland



Ab 2022: Prognose auf der Grundlage der altersspezifischen Geburtenziffern des Jahres 2020 und ohne Zuwanderung aus dem Ausland

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2022 IW Medien / iwd

iwd

2021 zwar 1,6 Prozent mehr Kinder als im Jahr 2020 auf die Welt, aber 0,7 Prozent weniger als im Jahr 2019.

Ganz anders sieht es dagegen im Süden aus, wo die Zahl der Geburten tendenziell seit Jahren steigt:

In Baden-Württemberg und Bayern wurden im Jahr 2021 insgesamt fast 5 Prozent mehr Kinder geboren als im Jahr zuvor.

Die Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern gehen vorwiegend auf die demografischen Grundstrukturen zurück – also darauf, wie viele junge Frauen in einer bestimmten Region leben – und weniger auf unterschiedliche Geburtenneigungen.

Sollte sich an der Einstellung zum Thema Familie nicht etwas Grundlegendes verändert haben, ist für die kommenden Jahre auch wieder mit einem deutlichen Rückgang der Geburtenzahlen in Deutschland zu rechnen. Die starke Zunahme der Geburten von 2020 bis 2021 dürfte dann ein einmaliger Lockdown-Effekt gewesen sein (Grafik):

Legt man die altersspezifischen Geburtenziffern des Jahres 2020 zugrunde, wird die Zahl der Geburten in Deutschland bis 2030 voraussichtlich wieder um knapp 10 Prozent sinken.



Rund **795.500**
Kinder kamen 2021 in Deutschland zur Welt – so viele wie seit 25 Jahren nicht mehr.

Auch regional wird sich die Geburtenrate erneut sehr unterschiedlich entwickeln: Im Osten, außerhalb von Berlin, wird sich der starke Geburtenrückgang vermutlich fortsetzen. Mittelfristig bedeutet das: Es werden dort weniger Schulen und Kitas gebraucht. Im Westen werden die Geburtenzahlen voraussichtlich

auf dem Vor-Corona-Niveau stagnieren oder nur leicht zurückgehen. Hier könnten aber vor allem Zuzüge dafür sorgen, dass in einzelnen Regionen künftig mehr Schulen und Kitas benötigt werden als bislang angenommen. Dabei bestehen ohnehin bereits Engpässe: So fehlten etwa im Jahr 2020 für rund 240.000 unter Dreijährige, deren Eltern einen Betreuungsbedarf hatten, die gewünschten Plätze.

Eine nicht unwichtige Rolle wird auch die Entwicklung der Zuwanderung in den kommenden Jahren für die künftige Geburtenrate im Land spielen: So lag die zusammengefasste Geburtenziffer von Ausländerinnen im Jahr 2020 bei zwei Kindern je Frau – im Vergleich zu 1,43 Kindern bei den Inländerinnen.

IW-Kurzbericht 61/2022

Wido Geis-Thöne: Corona-Babyboom: Nicht überall und voraussichtlich nicht von Dauer

[iwkoeln.de/corona-babyboom](https://www.iwkoeln.de/corona-babyboom)

Starke Familienbande

Wahlen. Von Familien geführte Firmen sind in Deutschland nicht nur ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und Arbeitgeber. Sie prägen offenbar auch Stimmungen und Meinungen mit. Eine Analyse der jüngsten Bundestagswahlergebnisse lässt jedenfalls einen Zusammenhang zwischen dem Abschneiden einzelner Parteien und der Präsenz von Familienunternehmen in den einzelnen Städten und Landkreisen erkennen.

Viele Unternehmen in Deutschland sind seit Generationen in Familienhand und an ihrem Stammsitz tief verwurzelt. Oft prägen sie die jeweilige Region wirtschaftlich – egal, ob es sich um Landkreise oder größere Städte handelt. Doch wie stark reicht dieser Einfluss in die gesellschaftliche Sphäre? Werden die Werte und Einstellungen, für die die Firmen stehen, von den Beschäftigten und darüber hinaus geteilt, sodass sich dies auch in Wahlergebnissen niederschlägt?

Ein erster Blick auf die deutschen Städte und Kreise lässt einen solchen Zusammenhang vermuten (Grafik):

In vielen süd- und westdeutschen Städten und Landkreisen ist der Anteil der Familienbetriebe an allen Unternehmen überdurchschnittlich hoch – und in diesen Regionen schnitten CDU/CSU und FDP bei der Bundestagswahl 2021 oft überdurchschnittlich gut ab.

Um zu überprüfen, ob sich dieser augenscheinliche Zusammenhang wissenschaftlich belegen lässt und nicht auf andere Einflüsse zurückgeht, hat das Institut der deutschen Wirtschaft eine tiefere statistische Analyse vorgenommen. Darin haben die Wissenschaftler unter anderem die Wahlbeteiligung, die Alters- und die Bildungsstruktur in den einzelnen Städten und Kreisen als mögliche Determinanten des Wahlergebnisses einbezogen.

Das Ergebnis bestätigt eine positive Korrelation zwischen der Verbreitung von Familienbetrieben und dem Wahlergebnis – zumindest für die Liberalen in Westdeutschland:

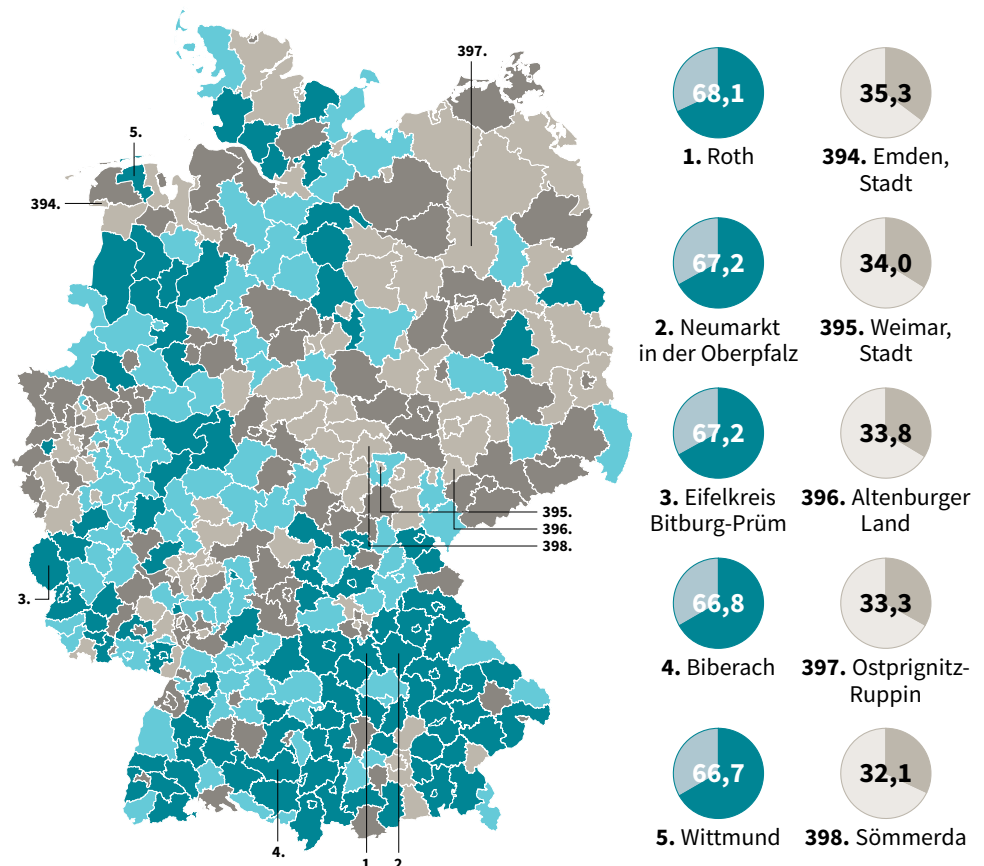
Ein um 10 Prozentpunkte höherer Anteil an Familienbetrieben in einer westdeutschen Region führte bei der Bundestagswahl 2021 statistisch zu einem um

Familienunternehmen und Wahlverhalten

nach Städten und Landkreisen in Deutschland im Jahr 2021

Anteil der Familienunternehmen an allen Unternehmen in Prozent

■ 32,1 bis 46,6 ■ 46,7 bis 52,0 ■ 52,1 bis 57,4 ■ 57,5 bis 68,1



0,2 Prozentpunkte höheren Zweitstimmenanteil für die FDP.

Für die Unionsparteien ergab die Analyse zwar tendenziell ebenfalls einen positiven Zusammenhang, allerdings nicht auf statistisch belastbarem Niveau. In Ostdeutschland hingegen hatte die unterschiedliche Präsenz der Familienunternehmen in den einzelnen Städten und Kreisen keinen signifikanten Einfluss auf die Wahlergebnisse der Parteien.

Eine entsprechende Untersuchung für die Europawahl von 2019 und die Bundestagswahl 2017 zeigt, dass damals in Westdeutschland ein hoher Anteil an Familienunternehmen die CDU/CSU stärkte und die

SPD schwächte. Offenbar machte sich die ideologische Trennlinie zwischen der unternehmensnahen Union und der arbeiternahen SPD zu diesen Zeitpunkten noch stärker bemerkbar. Für den Stimmenanteil der FDP spielten die Familienbetriebe bei diesen Wahlen dagegen noch keine signifikante Rolle.

Die Veränderung im Laufe der vergangenen Jahre dürfte auch mit den jeweiligen Kanzlerkandidaten sowie der Wirtschaftskompetenz zusammenhängen, die die Wähler den einzelnen Parteien zuerkannten. Im Duell Olaf Scholz versus Armin Laschet konnten die Unionsparteien diesbezüglich nicht mehr so stark

punkten, während die FDP im Vergleich zu früheren Jahren als kompetenter wahrgenommen wurde.

Grundsätzlich lässt sich der positive Einfluss der Familienunternehmen auf die Wahlergebnisse von CDU/CSU und FDP zum Beispiel damit erklären, dass Beschäftigte in Familienbetrieben ihren Arbeitsplatz mutmaßlich als besonders sicher empfinden und bei ihrer Wahlentscheidung das Thema der sozialen Absicherung für weniger relevant halten, das die eher linken Parteien oft in den Vordergrund stellen.

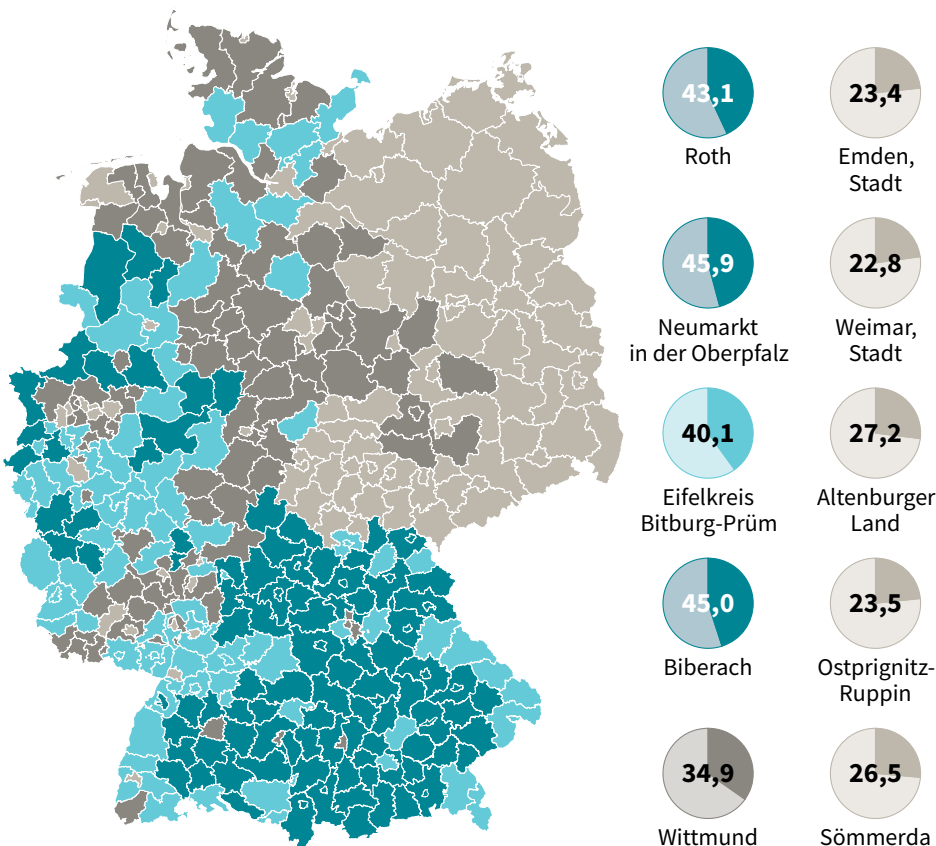
Eine weitere Erklärung könnte sein, dass Arbeitnehmer in Familienfirmen mit ihrem Leben überdurchschnittlich zufrieden sind – etwa, wenn das Unternehmen durch ein ausgeprägtes gesellschaftliches Engagement die Lebensqualität vor Ort verbessert. Eine höhere Lebenszufriedenheit wiederum dürfte die Parteien aus dem konservativ-liberalen Spektrum begünstigen, weil die Wähler weniger stark auf Reformen im sozialen Bereich drängen.

Zudem identifizieren sich die Mitarbeiter von Familienbetrieben womöglich relativ stark mit ihrem Arbeitgeber, teilen folglich eher dessen Werte und wählen damit tendenziell stärker unternehmerfreundliche Parteien wie die FDP.

Dass all diese Zusammenhänge in Ostdeutschland nicht zum Tragen kommen, ist vermutlich auf die dort im Schnitt kleineren Familienunternehmen zurückzuführen, die folglich ihre Region weniger stark prägen. Außerdem ist im Osten Deutschlands generell die Bindung der Wähler an bestimmte Parteien geringer.

Anteil von CDU/CSU und FDP an den Zweitstimmen aller Parteien bei der Bundestagswahl in Prozent

■ 21,3 bis 30,8 ■ 30,9 bis 36,4 ■ 36,5 bis 42,0 ■ 42,1 bis 51,7



Aus IW-Trends 3/2022

Björn Kauder: Prägen Familienunternehmen das politische Wahlverhalten in Deutschland?

iwkoeln.de/familienunternehmen

Fairer Milchkaffee

Konsum. Nach einem pandemiebedingt schwachen Jahr 2020 hat sich der Umsatz mit fair gehandelten Produkten, bei denen der Fokus auf sozialen und Menschenrechtsstandards liegt, im Jahr 2021 in Deutschland überdurchschnittlich gut entwickelt. Inzwischen kommen fair gelabelte Lebensmittel nicht mehr nur aus Entwicklungsländern, sondern auch aus Europa.

23 Euro und 50 Cent – so viel gab jeder Verbraucher in Deutschland im Jahr 2021 durchschnittlich für faire Lebensmittel und Handwerksprodukte aus. Das klingt zunächst einmal nach nicht besonders viel, in der Summe kamen so jedoch 1,9 Milliarden Euro Umsatz zusammen. Damit wuchs der deutsche Markt für faire Waren gegenüber dem Jahr 2020 um 7 Prozent, wie das Forum Fairer Handel berichtet. Rund 77 Prozent der entsprechenden Ausgaben der Bundesbürger entfielen auf faire Lebensmittel (Grafik):

Das umsatzstärkste Produkt im fairen Handel ist Kaffee. Auf ihn entfielen im Jahr 2021 rund 31 Prozent des mit fair gehandelten Produkten erzielten Gesamtumsatzes in Deutschland.

Der Anteil von Fairtrade-Kaffee am gesamten deutschen Kaffeeverkauf lag im vergangenen Jahr bei gut 6 Prozent.

Besonders dynamisch hat sich allerdings der Verkauf von fair gehandelten Rosen (plus 25 Prozent) entwickelt. Auch der Fairtrade-Handel mit Schokolade (plus 22 Prozent),

Tee (plus 19 Prozent), Kakao (plus 7 Prozent) und Baumwolle (plus 6 Prozent) legte kräftig zu.

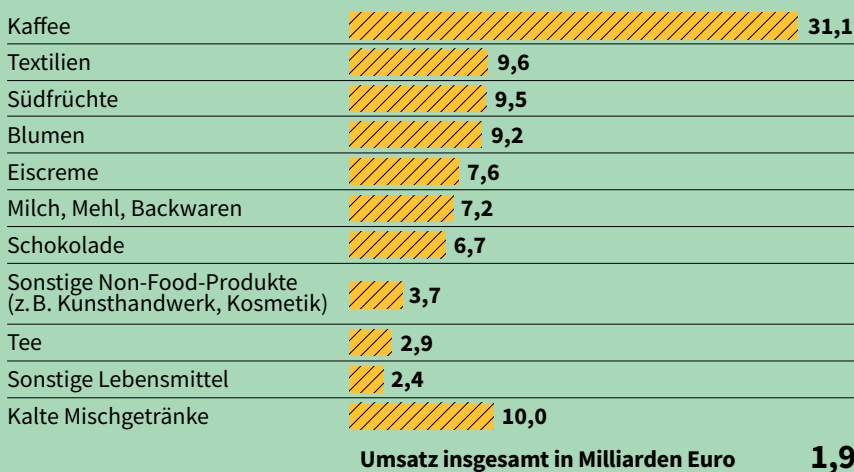
Während Produkte mit dem Fair-Trade-Siegel ausschließlich aus den Entwicklungsländern stammen, hat sich in den vergangenen Jahren parallel dazu ein Markt für fair gehandelte Waren aus den Industrieländern entwickelt. Dazu zählen Milchprodukte, Mehl und Backwaren mit Fair-Siegel aus Deutschland sowie faire und ökologische Produkte wie Olivenöle, Wein, Obstsaft und Trockenfrüchte aus anderen EU-Ländern. Noch ist dieses Marktsegment vergleichsweise klein, doch im vergangenen Jahr wuchs der Umsatz immerhin um rund 3 Prozent:

Im Jahr 2021 wurden in der Bundesrepublik fair gehandelte Lebensmittel aus Deutschland und anderen EU-Ländern im Wert von gut 140 Millionen Euro verkauft.

Ein Beispiel für ein fair gesiegeltes deutsches Unternehmen ist die Molkerei Berchtesgadener Land. Das genossenschaftlich organisierte Unternehmen geht langfristige Handelsbeziehungen mit seinen Bio-Milchbauern ein, zahlt seit Jahren überdurchschnittlich hohe Milchpreise und nimmt auch kleinen Bauernhöfen in entlegenen und schwer erreichbaren Alpentälern Milch ab.

Fairer Handel: Lebensmittel dominieren

So viel Prozent des Umsatzes an fair gehandelten Produkten in Deutschland im Jahr 2021 entfielen auf ...



Stochern im Nebel

Finanzmärkte. Die Corona-Pandemie und der Ukraine-Krieg verunsichern die Wirtschaft weltweit. Für Finanzmarktexperten sind Prognosen daher derzeit besonders schwierig. Auch wenn beispielsweise fast alle der vom Institut der deutschen Wirtschaft befragten Banken einen Zinsanstieg erwarten, gehen die Prognosen im Einzelnen weit auseinander.

Wie geht es weiter mit der Wirtschaft und an den Finanzmärkten? In unsicheren Zeiten wie diesen ist Orientierung gefragt denn je. Das IW bittet im Rahmen des Financial Expert Survey regelmäßig die großen in Deutschland vertretenen Banken um ihre Einschätzungen. Einige Ergebnisse der aktuellen Umfrage:

- **Zinsen.** Ein wichtiger Indikator – für Sparer wie für Bauherren und Unternehmen – ist das Zinsniveau. Die Europäische Zentralbank hat den Leitzins zuletzt bereits um einen halben Prozentpunkt angehoben. Den vom IW befragten Finanzfachleuten zufolge zeigt auch der weitere Zinstrend nach oben (Grafik):

Der 3-Monats-Interbankenzins Euribor, der im Juni 2022 noch minus 0,2 Prozent betrug, dürfte bis zum Jahresende auf knapp 1 Prozent und bis Mitte 2023 auf fast 1,5 Prozent steigen.







Der Zins für zehnjährige Bundesanleihen könnte sich bis Ende 2022 von gut 1,4 auf 1,7 Prozent erhöhen und bis zur Jahresmitte 2023 in etwa auf diesem Niveau bleiben.

Diese Mittelwerte verdecken allerdings, dass sich die Experten keineswegs einig sind. So reichen die Prognosen für den Wert des 3-Monats-Euribor Ende Juni 2023 von lediglich 1 bis 2,30 Prozent.

- **Börsenkurse.** Der russische Angriff auf die Ukraine und seine ökonomischen Folgen haben die Börsen

Finanzmarktindikatoren: Die Prognosen der Banken

Befragung von insgesamt 14 auf dem deutschen Markt tätigen Kreditinstituten im Rahmen des Financial Expert Survey des IW

	Stand 30.6.2022	Prognose zum 31.12.2022	Prognose zum 31.6.2023
 3-Monats-Zinssatz im Interbankengeschäft im Euroraum in Prozent	-0,2	0,96	1,45
 10-Jahres-Zins für deutsche Bundesanleihen in Prozent	1,44	1,70	1,68
 10-Jahres-Zins für US-Anleihen in Prozent	2,98	3,42	3,26
 Dax in Punkten	12.784	13.718	14.636
 Dollar je Euro	1,048	1,088	1,111
 Ölpreis in Dollar je Barrel	114,80	106,50	94,80

Prognosen: jeweils Mittelwert aller Einschätzungen
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

zuletzt auf Talfahrt geschickt. Die Banken erwarten jedoch eine vorsichtige Wende zum Besseren:

Im Schnitt gehen die Finanzmarktexperten davon aus, dass der Dax bis zum Jahresende gegenüber dem Stand von Ende Juni wieder rund 1.000 Punkte hinzugewinnt und dieser Aufwärtstrend auch in der ersten Jahreshälfte 2023 anhält.

Allerdings ist auch hier die Spanne groß – der Helaba (Landesbank Hessen-Thüringen) zufolge könnte der Dax Ende Juni kommenden Jahres bei 16.300 Punkten

liegen, die Commerzbank sieht den deutschen Leitindex dagegen nur bei 13.000 Punkten.

- **Ölpreis.** Allen Bemühungen um die Energiewende zum Trotz bleibt Rohöl unter anderem für die Industrie vorerst ein wichtiger Rohstoff. Insofern dürften viele Unternehmen aufatmen, wenn sich die Einschätzungen der Finanzmarktexperten bestätigen und der Ölpreis im Laufe der kommenden zwölf Monate um rund 20 Dollar auf etwa 95 Dollar je Barrel sinkt. Einige Banken halten sogar eine Notierung deutlich unter 90 Dollar für wahrscheinlich.

Geschwächter Partner

Frankreich. Bei der Parlamentswahl in Frankreich hat Präsident Emmanuel Macron mit seinem neuen Parteienbündnis keine absolute Mehrheit erringen können. Doch dieser Makel könnte dazu führen, dass sich Macron mehr denn je für Europa und das deutsch-französische Tandem engagiert.

In Zeiten von Krieg und Pandemie müssen Neuigkeiten jenseits dieser Themenblöcke besonders einprägsam sein, um im Gedächtnis zu bleiben. So lässt sich wohl auch erklären, dass viele zwar mitbekommen haben, dass Emmanuel Macron Ende April als französischer Präsident wiedergewählt wurde, das Ergebnis der französischen Parlamentswahlen im Juni aber nur bei den wenigsten hängen geblieben ist. Und das, obwohl der Wahlausgang

die politische Großwetterlage in Frankreich nachhaltig verändert hat (Grafik):

Im Jahr 2017 hatte Emmanuel Macron mit La République En Marche 308 Sitze und somit klar die absolute Mehrheit im französischen Parlament gewonnen. Sein Parteienbündnis Ensemble kam 2022 indes nur noch auf 245 Sitze und verfehlte damit die absolute Mehrheit, die bei 289 Abgeordneten liegt.

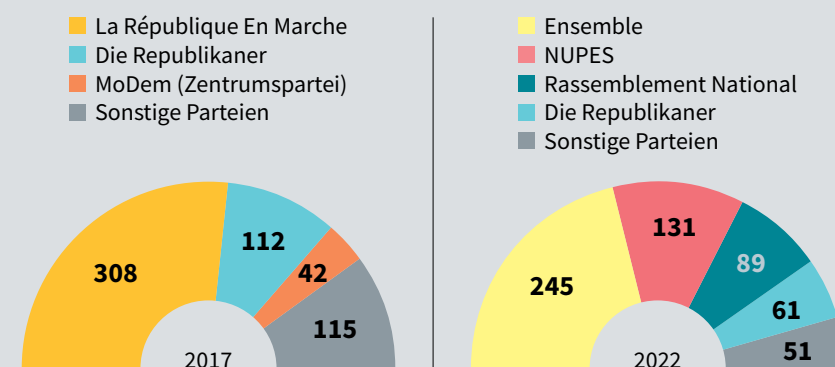
Macron hatte das neue Bündnis mit weiteren Parteien des politischen Zentrums eigentlich geschmiedet, um sich die absolute Mehrheit zu sichern. Doch seine Widersacher vom linken und rechten Rand vereitelten diesen Plan: Das Bündnis linker Parteien (NUPES) mit seiner Leitfigur Jean-Luc Mélenchon sowie die rechtsextreme Marine Le Pen mit ihrem Rassemblement National kamen auf 131 beziehungsweise 89 Sitze. Auch dieses Wahlergebnis zeigt, wie gespalten Frankreich momentan ist.

Für Macron stehen nun mehrere Optionen im Raum, um seine politischen Vorhaben zu realisieren. So kann er einerseits politische Koalitionen eingehen und infolgedessen Mehrheiten organisieren. Dies könnte allerdings – vor allem, wenn es für jedes Projekt aufs Neue nötig wird – sehr langwierige Prozesse und langsame Entscheidungen zur Folge haben. Darunter würden die Parlamentsarbeit und die Regierungsfähigkeit leiden.

Käme es dazu, könnte Macron andererseits die Nationalversammlung auflösen und eine Neuwahl ansetzen. Doch deren Ergebnis lässt sich kaum vorhersagen und könnte den Präsidenten weiter schwächen, statt ihn zu stärken.

Frankreich: Macron ohne Mehrheit

So viele Sitze entfielen bei den Parlamentswahlen in Frankreich auf die entsprechende Partei oder das entsprechende Parteienbündnis

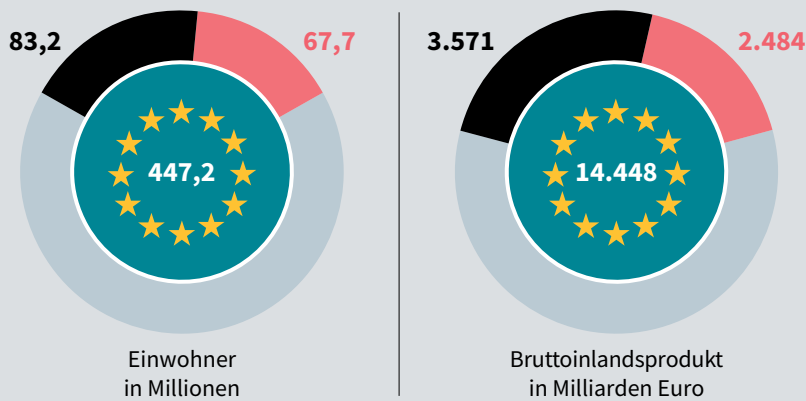


Ensemble: Bündnis aus La République En Marche, der Partei von Emmanuel Macron, und anderen Parteien des politischen Zentrums
 NUPES: Bündnis linker Parteien
 Rassemblement National: Partei der rechtsextremen Marine Le Pen

Quelle: Französisches Innenministerium
 © 2022 IW Medien / iwd

Deutschland und Frankreich: Europas Schwergewichte

■ EU-27 darunter: ■ Deutschland ■ Frankreich



Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Entsprechend stehen Macron und Frankreich längst nicht so gut da wie nach der Wahl von 2017. Dabei bräuchte die EU gerade jetzt neben einem führungswilligen Deutschland ein nach innen und außen starkes Frankreich. Schließlich gibt es gewaltige Herausforderungen zu meistern – allen voran den Krieg in der Ukraine, die Versorgung mit Energie und Rohstoffen sowie den Klimaschutz. Und es ist klar, dass Europa bei all diesen Themen nur erfolgreich handeln kann, wenn es Vorhaben geschlossen angeht.

Diese Geschlossenheit wird es aber nur geben, wenn Deutschland und Frankreich als starkes Tandem agieren. Schließlich sind die beiden Staaten die wirtschaftlichen Schwergewichte im Zentrum der EU (Grafik):

Zusammen kamen Deutschland und Frankreich 2021 auf nahezu 42 Prozent der europäischen Wirtschaftsleistung, obwohl nur knapp 34 Prozent der EU-Bevölkerung in den beiden Ländern leben.

Tatsächlich könnte der Verlust der absoluten Mehrheit für Macron aber auch dazu führen, dass er mit großer

Kraft für das Tandem und für Europa arbeitet. Denn indem er auf der internationalen Bühne stark auftritt, kann er von innenpolitischen Problemen ablenken. Die Stimmung in Deutschland spielt ihm dabei jedenfalls in die Karten: Eine Allensbach-Umfrage hat kürzlich ergeben, dass sich die Mehrheit der Deutschen ein stärkeres Europa wünscht.

Und ein stärkeres Europa hatte auch die französische EU-Ratspräsidentschaft zum Ziel, die am 30. Juni zu Ende gegangen ist: Fortschritte gab es beispielsweise beim Klimaschutzpaket „Fit for 55“ mit Blick auf die CO₂-Steuer. Beim europäischen Mindestlohn haben sich die Mitgliedsstaaten auf gemeinsame Standards geeinigt.

Im Umgang mit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine hat die EU bereits Mitte März unter französischer Leitung eine gemeinsame Strategie verabschiedet. Allerdings gilt es bei diesem Thema als ausgemacht, dass der Burgfrieden in Europa immer wieder in Gefahr geraten wird, da einzelne Staaten wie Ungarn eigene machtpolitische Interessen verfolgen. Auch deshalb tut es not, dass sich das deutsch-französische Tandem mit größtmöglicher Entschlossenheit und in bestmöglicher Kondition präsentiert.

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Lara Kamann, Florian Janssen, Carsten Ruge, Alexander Weber · **Grafik:** IW Medien GmbH
E-Mail: iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,19/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl
Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de.

Zahl der Woche**155.347**

Baugenehmigungen für Wohnungen haben deutsche Behörden von Januar bis Mai 2022 erteilt. Das waren 1,6 Prozent weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Damals gab es noch grünes Licht für 157.937 neue Wohnungen. Im Mai 2022 lag der Rückgang gegenüber dem Vorjahresmonat sogar bei 2,1 Prozent, wie das Statistische Bundesamt meldet. Allerdings variiert der Trend je nach Gebäudetyp stark. So wurden von Januar bis Mai 17,8 Prozent weniger Einfamilienhäuser genehmigt als ein Jahr zuvor, während die Zahl der genehmigten Wohnungen in Zweifamilienhäusern um 2,1 Prozent zulegte. Wohnungen in Mehrfamilienhäusern wurden sogar um 9,1 Prozent häufiger bewilligt.

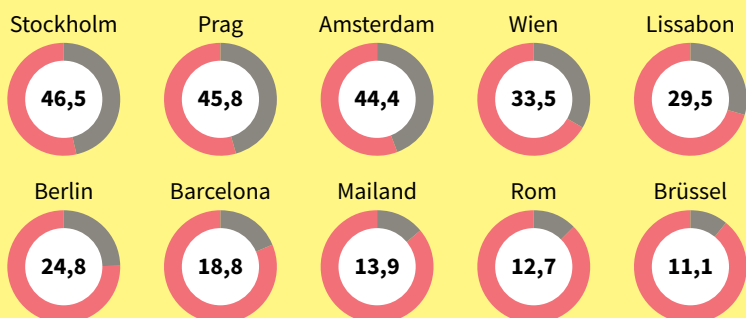
Diese Entwicklung dürfte eine Folge der aktuellen wirtschaftlichen Lage in Deutschland sein: Einerseits sind Handwerker und Baumaterialien knapp und teuer, andererseits gibt es deutlich höhere Hypothekenzinsen als noch vor einem halben Jahr. Entsprechend wird es für potenzielle Eigenheimbesitzer immer schwieriger, ihren Traum zu verwirklichen. Bei Mehrfamilienhäusern sind die Effekte nicht ganz so stark – getreu dem Motto „geteiltes Leid ist halbes Leid“. Die jüngsten Zahlen bedeuten aber auch, dass es für die Bundesregierung sehr schwer werden dürfte, ihr selbst gestecktes Ziel – 400.000 neue Wohnungen pro Jahr – zu erreichen.

Top-Liste: Tierliebe Metropolen

Haustierbesitzer haben es bei der Wohnungssuche nicht immer leicht, denn oft sind pelzige Vierbeiner und fedrige Piepmätze unerwünscht. Im europäischen Vergleich lässt es sich in Stockholm am besten mit Haustier wohnen: Fast die Hälfte aller verfügbaren Mietobjekte in der schwedischen Hauptstadt ist nämlich haustierfreundlich. Dasselbe gilt für Prag und Amsterdam, die im Pet-Ranking auf den Plätzen zwei und drei landen. Die deutsche Hauptstadt erreicht mit einem Anteil von fast 25 Prozent an verfügbaren haustierfreundlichen Wohnungen Platz sechs. Betrachtet man neben dem Faktor Wohnen auch noch die Zahl der Parks, Tiersalons, Zoohandlungen und Tierärzte in den einzelnen Städten, gewinnt allerdings Paris den Titel als haustierfreundlichste Stadt Europas, vor dem zweitplatzierten Berlin: Die deutsche Hauptstadt punktet in dieser Gesamtbetrachtung vor allem mit dem größten Angebot an Trainingskursen im europäischen Vergleich.

**Wohnen mit Haustier:
Die Top Ten der europäischen Städte**

So viel Prozent der im April 2022 verfügbaren Mietobjekte in der jeweiligen Stadt waren haustierfreundlich



Untersuchung der meistbesuchten Städte Europas im Jahr 2019;
haustierfreundlich: Haustiere sind im Mietobjekt geduldet oder erwünscht

Quelle: Savoo
© 2022 IW Medien / iwd

iwd